

«Neue Gärten» fördern Integration

Zu Besuch auf der «Brache Lachen», einem Standort des Integrationsprojekts «Neue Gärten Ostschweiz» des Heks.

Ramona Baumann

Das Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (Heks) pachtet seit 19 Jahren an 61 Standorten in der Schweiz Gartenparzellen und bewirtschaftet diese mit Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund. Das Ziel dieser sogenannten «Neuen Gärten» ist es, ein Angebot zur Förderung der sozialen Integration zu schaffen.

Die «Neuen Gärten» sind gleichzeitig Arbeitsort und Treffpunkt, die Teilnehmenden erleben Gemeinschaft, sprechen zusammen Deutsch, bauen ihre eigenen Früchte, Gemüse und Kräuter an, die sie mit nach Hause nehmen können und lernen dabei vieles über Gartenarbeit, Gesundheit und die Umwelt. Je nach Region ist der Fokus des Programms unterschiedlich: «Heks Neue Gärten Ostschweiz» schafft Begegnungsräume im Grünen, welche die Inklusion von unterschiedlichen Menschen ermöglicht.

«Es sollen Begegnungen entstehen»

Vier der neun Standorte der «Neuen Gärten Ostschweiz» befinden sich in der Stadt St.Gallen. Einer davon ist die «Brache Lachen», auf der sich die Teilnehmenden und weitere Interessierte während der Gartensaison immer am Dienstagvormittag zwischen neun und elf Uhr zum Gärtnern und Austausch treffen. Die «Brache Lachen» ist eine Interessensgemeinschaft, die von den «Heks Neuen Gärten Ostschweiz», der «Valida», dem «Gartenkind» und der offenen Kinderarbeit «Tirumpel» kooperativ geführt wird. Trägerverein ist der Verein «Tirumpel».

«Uns ist wichtig, dass unsere Projekte in eine Umgebung eingebettet sind, in der möglichst viele Begegnungen entstehen», sagt Gärtnerin und Sozialpädagogin Adelheid Karli, Standortverantwortliche der «Neuen Gärten» in der Stadt St.Gallen.



Im Garten arbeiten und dabei Deutsch lernen.

Bilder: Marius Eckert

«Die «Neuen Gärten» sind ein Inklusionsprojekt, weshalb der Austausch mit der einheimischen Bevölkerung sehr am Herzen liegt.» So finden gerade in der «Brache Lachen» oft gemeinsame Feste, Mittagstische und Veranstaltungen statt, an denen alle Organisationen der



Adelheid Karli: «In den Neuen Gärten sollen Begegnungen entstehen.»

Interessensgemeinschaft und die Quartierbevölkerung mitwirken. Auch an den anderen Standorten der «Neuen Gärten» in St.Gallen bestanden Kooperationen mit weiteren Projekten.

Gärtnern, sich austauschen, Deutsch sprechen, lernen

Die «Neuen Gärten Ostschweiz» sind offen für Menschen ab 55 Jahren mit oder ohne Migrationshintergrund, für Menschen mit Migrationshintergrund, die Unterstützung bei der sozialen Integration benötigen, für Sozialhilfebeziehende und «Working Poors», aber auch für die Bewohnenden aus den jeweiligen Quartieren, die Freude am Gärtnern und Interesse an verschiedenen Kulturen haben.

Mit der Anmeldung verpflichtet man sich dazu, während einer ganzen Saison an den wöchentlichen Gartentreffen, die öffentlich sind, teilzunehmen und mitzuarbeiten. «Das ist wichtig, da die Teilnehmenden ihren eigenen Bereich im Garten bekommen, der regelmässig und zuverlässig gepflegt und bewirtschaftet werden muss», so Karli. Sie haben während den Treffen Zeit, um sich um ihre persönlichen Bereiche zu kümmern, aber auch um an allgemeinen Projekten, wie beispielsweise der gemeinsamen Kräuterkiste, mitzuwirken. In der Pause trinken sie zusammen Kaffee und tauschen sich aus. Durch Inputs zu verschiedenen Themen, die mit Gesundheit, Garten und Umwelt zu tun ha-

ben, eignen sie sich viel wichtiges Wissen an.

Während der Gartentreffen in der «Brache Lachen» ist eine Kinderbetreuerin des «Tirumpel» vor Ort, die auf die Kinder, die mit ihren Eltern mitkommen, aufpasst. So können sich die Teilnehmenden voll und ganz auf die Gartenarbeit konzentrieren. Ein Mal im Monat besucht die Stadtbibliothek in Form der «Saatgutbibliothek on Tour» den Heks-Garten in der «Brache Lachen». Sie bringt Bücher für Kinder und Erwachsene in verschiedenen Sprachen und zum Deutsch lernen mit. Auch viele Bücher über Gartenarbeit sind im Sortiment zu finden. Die Teilnehmenden leihen die Bücher aus und bringen sie das nächste Mal, wenn die Saatgut-

bibliothek kommt, zurück und nehmen neue mit.

Sorgen und Stress werden vergessen

Diesen Sommer nehmen rund 20 Programmteilnehmende sowie fünf freiwillige Mitarbeitende an den Gartentreffen in der «Brache Lache» teil. «Obwohl das Wetter in der letzten Zeit so schlecht war, sind immer sehr viele gekommen und haben motiviert im Garten gearbeitet», freut sich Karli. Dieses Jahr sind Teilnehmende aus 14 Nationen vertreten, in anderen Jahren sind bis zu 20 Nationen beteiligt. Laut Karli haben jeweils etwa 70 Prozent der Teilnehmenden Migrationshintergrund.

Die Teilnehmenden schätzen das Angebot des Heks sehr. «Ich habe durch die Gartentreffen sehr grosse Fortschritte im Deutsch gemacht», sagt eine Teilnehmerin. Eine andere schätzt besonders die Kontakte, die sie dort knüpft und das neue Wissen, das sie erlangt. Die meisten bleiben nicht nur eine Saison, sondern sind über mehrere Jahre dabei. Auch Karli geniesst die Arbeit in den «Neuen Gärten». «Es ist sehr schön und bereichernd, weil ich direkt spüre, was diese Arbeit bewirkt», sagt sie. Zudem sei das Feedback der Teilnehmenden sehr positiv. «Sie erzählen, wie ihnen die Arbeit in den «Neuen Gärten» physisch, aber auch psychisch gut tut; Viele sagen, dass sie im Garten Sorgen und Stress vergessen können. Sie schätzen es sehr, dass sie durch die «Neuen Gärten» Teil einer Gemeinschaft sind.»

Hinweis

«Neue Gärten Ostschweiz» in St.Gallen: «Brache Lachen»: dienstags von 9 bis 11 Uhr, «Chrutstil»: dienstags von 14 bis 16 Uhr, «Lattich»: mittwochs von 9 bis 11 Uhr, «Kulturgarten Bach»: mittwochs von 9 bis 11 Uhr, Anmeldung bei Adelheid Karli, 076 476 83 82, adelheid.karli@heks.ch

Braucht es einen Mindestlohn?

Die SP-Parlamentarierin Alexandra Akeret fordert den Stadtrat auf, die Lohnsituation in St.Gallen zu analysieren.

In einem neu eingereichten Vorstoss rückt Alexandra Akeret ein Thema auf die stadtpolitische Agenda, das andernorts bereits heftige Debatten ausgelöst hat. Sie verlangt Löhne, die zum Leben reichen. Vom Stadtrat will die SP-Politikerin und Gewerkschafterin wissen, ob er die Möglichkeit sieht, der Wirtschaft auf Stadtgebiet einen Mindestlohn vorzugeben. Dieses Instrument ist in Basel-Stadt bereits eingeführt. Darüber diskutiert wird auch in Winterthur, Schaffhausen, Biel, Bern, Luzern und Zürich.

Auslöser für die einfache Anfrage von Alexandra Akeret ist die Corona-Pandemie. Sie habe nämlich vor Augen ge-

führt, dass «in verschiedenen Branchen das Lohnniveau in der Schweiz sehr tief sei». Bei Kurzarbeit sei daher für Personen mit einem Monatsgehalt bis zu 4340 Franken einheitlich eine Entschädigung von 3470 Franken festgelegt worden. Allerdings sei auch dieser Lohn «deutlich zu tief, um davon die Lebenshaltungskosten zu bestreiten», schreibt Alexandra Akeret.

Diese Situation hat sich gemäss der SP-Politikerin und Gewerkschafterin jetzt durch die Inflation noch verschärft. Eine Folge der Teuerung sei, dass es heute viele Menschen gebe, die trotz Vollzeitjob nicht genügend Geld zum Leben verdienen. Tiefelöhne brächten Familien

und Einzelne, darunter vor allem Frauen, «an den Rand der Existenz». Sie führten zu Altersarmut. Für Alexandra Akeret stellt sich die Frage, ob ein städtisch festgelegter Mindestlohn zur Entschärfung der Situation nötig ist.

Auf öffentliche Unterstützung angewiesen

Tiefelöhne führen durch ihre sozialen Folgen auch zu Belastungen für die öffentliche Hand, wie die Begründung des Vorstosses weiter auflistet: Viele Betroffene seien auf öffentliche Unterstützung angewiesen, durch Sozialhilfe oder über Ergänzungseinkünfte an zu tiefe Renten. Den Stadtrat fordert



Löhne zum Leben wurden bereits an der 1.-Mai-Feier 2023 in der Stadt St.Gallen gefordert.

Bild: Ralph Ribli

Alexandra Akeret konkret auf, die Lohnsituation in St.Gallen genau zu analysieren und «allfälligen Handlungsbedarf zu definieren».

Entsprechend verlangt ihr Vorstoss detailliert Auskunft über die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Stadt St.Gallen, die unter 4000 Franken im Monat verdienen. Der Stadtrat soll weiter vorrechnen, wie viele Vollzeitbeschäftigte in der Stadt auf Geld aus der Sozialhilfe angewiesen sind. Zudem soll die Stadtregierung erklären, ob sie Handlungsbedarf gegen Tiefelöhne sieht und welche Möglichkeiten es gibt, einen Mindestlohn fürs Stadtgebiet verbindlich zu verankern. (vve)